Zeno-Zeitung

Rheder Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Isselburger Zeitung.

65. Jahrgang
Postverlagsort: Bocholt.
Postversandort: Dortmund

Amtliches Kreisblatt für den Landkreis Borken.
Hauptgeschäftsstelle: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernsprecher 3054/55.
Bezugspreis: Abgeholt von der Geschäftsstelle 45 Pfg. wöchentlich. Durch Boten gebracht 2,20 Mk. monatlich, einschließlich 25 Pfg. Botenlohn. Durch die Post einschließlich 42 Pfg. Bestellgeld 2,52 Mk. — Sammel-Anzeigenpreis 10 Pfg. bei 22 Millimeter Breite. Textanzeigen (81 Millimeter Breite) 80 Pfg. je Millimeter (Preisliste Nr. 5, gültig vom 15. 2. 35).

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 80 | Freitag, den 22. März 1935 | Jahrgang 1935

Sabotage am Frieden?

Von unserer Berliner Redaktion.

○ **Berlin**, 21. März.

Die beiden letzten Tage zeigen eine äußerst fieberhafte Tätigkeit der Diplomaten Englands, Frankreichs und Italiens, und zwar hauptsächlich wegen des Besuches, den der englische Außenminister Simon in Berlin machen wird. Besonders lebhaft ging es in Paris zu, wo man am Quai d'Orsay anscheinend glaubt, die schwärzesten Gespenster sehen zu müssen. Die Ereignisse überstürzen sich dort beinahe. Einig wurden sich die drei Regierungen darüber, daß sich ihre Vertreter in Paris treffen. Der französische Ministerrat hat beschlossen, die mit dem deutschen Gesetz vom 16. März über die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht zusammenhängenden Fragen dem Völkerbund zu unterbreiten. Ferner hat Ministerpräsident Flandin am Mittwoch eine mehr als aufreizende Rede gehalten, und schließlich erhielt heute, Donnerstag, der deutsche Außenminister von Neurath den Besuch des französischen und italienischen Botschafters, die im Auftrag ihrer Regierungen Noten überreichten. In Deutschland ist man der Meinung, daß der Besuch des Herrn Simon einem großen Ziele dienen soll, nämlich der Schaffung einer Uebereinstimmung der deutschen Politik mit den sogenannten Siegerstaaten und der damit verbundenen Befriedung Europas. Es soll nach deutscher Auffassung ein Werk des Aufbaues eingeleitet werden. Aber alles, was wir in den Ländern um uns herum, besonders in Frankreich, vor sich gehen sehen, zeigt nur negative, niederreißende Tendenzen. Der Eindruck wird erweckt, daß die Anstrengungen der französischen Regierung nicht der Beruhigung dienen, sondern lediglich den Zweck haben, die Reise des Herrn Simon nach Berlin von vornherein zu sabotieren. Wollte Frankreich sich ernsthaft an der Aufbauarbeit beteiligen, dann hätte Außenminister Flandin in seiner Senatsrede wenigstens einige Andeutungen in dieser Richtung machen können. Aber nicht ein einziges Wort vermögen wir in diesen Ausführungen zu finden, das die Organisation des Kollektivfriedens in Europa fördern könnte.

Fast noch fruchtloser und tendenziöser ist die französische Note, deren Begründung auch sofort vom deutschen Außenminister abgelehnt worden ist. Wenn in dieser Note wieder einmal die Behauptung aufgestellt wird, Deutschland habe durch die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht den Versailler Vertrag verletzt, so muß man daran erinnern, daß Wiederholungen eine unwahre Behauptung nicht wahr machen können. Deutschland hat von 1919 an seine Verpflichtungen aus dem Versailler Diktat mit einer nicht zu übertreffenden Genauigkeit erfüllt. Die gegnerischen Mächte aber glaubten, die Abrüstungsbestimmungen außer acht lassen zu dürfen, Deutschland in Ohnmacht halten zu können und selbst im alten Stil von Jahr zu Jahr weiter aufzurüsten. Der Hinweis der französischen Note auf die Vereinbarungen vom 11. Dezember 1932 verfängt auch nicht. Damals wurde das Problem der Sicherheit in den Vordergrund geschoben. Wir können feststellen, daß hierfür genügende Garantien vorhanden waren. Es braucht nur an den Locarno-Vertrag und an den Kellogg-Pakt erinnert zu werden. Von deutscher Seite aus wurden die Momente der Sicherheit noch weiter erhöht, wie z. B. durch den deutsch-polnischen Vertrag. Außerdem können wir auf die wiederholten Versicherungen des Führers verweisen, der stets betonte, daß Deutschland nach Lösung der Saarfrage keine territorialen Forderungen an Frankreich habe. Alle diese Tatsachen waren doch zur Genüge geeignet, die Sicherung Europas zu steigern. Im Dezember 1932 versprach man uns zwar die Gleichberechtigung. Aber wir mußten aus der Abrüstungskonferenz ausscheiden, weil die anderen Mächte dem Begriff „Gleichberechtigung" eine mehr als sonderbare Bedeutung unterschoben. In der Folgezeit hätte der MacDonald-Plan zur Einigung führen können. Es liegt doch nicht an der Reichsregierung, wenn diese Bemühungen an den Quertreibereien Frankreichs scheiterten.

Sehr sonderbar mutet in der französischen Note der Hinweis an, daß wir nach dem Kommuniqué vom 3. Februar dieses Jahres die Verpflichtung gehabt hätten, sozusagen Gewehr bei Fuß zu stehen und uns nicht zu rühren. Wer den Verlauf der letzten Jahre vorurteilsfrei betrachtet, wird auch glauben können, daß wir zu einem solchen Verhalten unbedingt bereit waren. Aber was geschah auf der anderen Seite? Wie steht es mit der Debatte im englischen Unterhaus und mit dem englischen Weißbuch? Hat nicht Frankreich nach dem 3. Februar die zweijährige Dienstzeit eingeführt? Und kamen nicht aus Rußland Töne, in denen das Wort Aufrüstung am lautesten klang? Trotz des Kommuniqués vom 3. Februar erhöhten die anderen Mächte ihre eigenen Rüstungen, und sie machten nicht die geringsten Gesten, aus denen Deutschland hätte entnehmen können, es sei auch ihm erlaubt, das Gleiche zu tun. Angesichts dieser Vorkommnisse mußte sich unwillkürlich bei der Reichsregierung die Ueberzeugung festsetzen, daß wir auf einem solchen Wege niemals zu der Gleichberechtigung hätten gelangen können, die uns auf dem Papier im Dezember 1932 zugesichert worden ist. Die französische Regierung, die so schrecklich empört ist über die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland, übersieht all diese Tatsachen und denkt auch nicht daran, daß der italienische Staatschef Mussolini vor einem Jahr mit aller Offenheit erklärte, daß nach dem damaligen Stand der Dinge eine Abrüstung in Europa nicht in Frage kommen könne.

Das Gesetz vom 16. März für den Aufbau der deutschen Wehrmacht war nichts anderes als die logische Folgerung aus dem Handeln der anderen Mächte, besonders Frankreichs und Englands. Angesichts des Umstandes, daß die Regierungen Englands und Frankreichs in unverkennbarer Weise die Bestimmungen des Versailler Vertrages nicht eingehalten haben, heißt es, die Dinge auf den Kopf stellen, wenn in der französischen Note behauptet wird, durch die deutschen Maßnahmen würden die kommenden Verhandlungen gestört. Deutschland, wird behauptet, dürfe die Wehrfrage nicht einseitig lösen. Hat man etwa uns gefragt, als durch Modernisierung und Motorisierung der Armeen unserer früheren Gegner der Sinn der Abrüstungsverpflichtungen des Versailler Diktats in sein Gegenteil verkehrt wurde?

Wer von Aussichtslosigkeit der bevorstehenden Verhandlungen spricht, muß offenbar selbst einen solchen Wunsch hegen. Bei der Reichsregierung ist er bestimmt nicht wach. Ebenso liegt es nicht an uns, wenn die Unruhe in Europa kein Ende nehmen will. Man stelle sich auf der Gegenseite klar und eindeutig auf den Standpunkt der Gleichberechtigung, man billige das uns zustehende Recht uneingeschränkt zu, dann ist die Unruhe beseitigt. Die ehrliche Bereitschaft der Reichsregierung, zur Ruhe und zur Befriedung Europas zu kommen, steht außer allem Zweifel. An Frankreich, Italien und England liegt es, sich von einer verhängnisvollen Politik abzuwenden. Der Weg zu einem befriedeten Europa hätte bei einem auch nur einigermaßen guten Willen frei sein können. Die Noten der französischen und italienischen Regierungen wecken aber starke Bedenken.

Simon über den Zweck seines Berliner Besuches.

Die neue Lage im englischen Licht. – Bekenntnis zur deutschen Gleichberechtigung.

Hochpolitische Aussprache im Unterhaus.

£ **London**, 21. März.

Vor gutbesetzten Bänken begann am Donnerstag nachmittag im englischen Unterhaus die von der Opposition verlangte Aussprache über die bevorstehenden Festlandsreisen Simons und Edens. Als erster sprach

der Führer der oppositionellen Arbeiterpartei, Lansbury.

Zunächst erklärte er, die Opposition würde es vorgezogen haben, mit der Aussprache bis nach der Rückkehr Simons zu warten. In den letzten Tagen seien jedoch Ereignisse eingetreten, die es wünschenswert erscheinen ließen, schon jetzt gewisse Betrachtungen über Frieden und Abrüstung anzustellen. Die Nachrichten über die Ereignisse in Deutschland, die am vergangenen Sonnabend bekanntgeworden seien, hätten in England eine solche seelische Erschütterung verursacht, daß sie nur mit den Geschehnissen im August 1914 verglichen werden könnten. Die Mentalität in England und im Auslande sei die Mentalität des Krieges. Jede Regierung sage, daß sie nicht für den Krieg, sondern für den Frieden rüste, und das auch nur deshalb, weil die anderen Nationen rüsteten. Jede Regierung schiebe die Schuld auf jemand anders. Deutschland mache den Versailler Vertrag verantwortlich. Von den Franzosen werde etwas anderes beanstandet, und die Sowjetregierung verteidige ihre Rüstungen, da sie einen Angriff im Fernen Osten oder an der baltischen Küste befürchte. Die Dinge seien heute so weit gediehen, daß Deutschland nicht nur die Gleichheit des Status in der Gemeinschaft der Nationen verlange, sondern auch das Recht, einen Vertrag zu zerreißen und eine Rüstungspolitik zu verfolgen, die unvermeidlich zu einem Rüstungswettrennen und schließlich zu einem Kriege führen werde. Es sei daher Englands zwingende Pflicht, einen entscheidenden Schritt zur Rettung der Zivilisation zu tun. Die Arbeiterpartei sei der Auffassung, daß der Auftrag, den der Außenminister für seine Berliner Reise erhalte, völlig neu gestaltet werden müsse.

England als größte imperialistische Macht der Welt müsse in der Abrüstungsfrage die Führung übernehmen und sich bereiterklären, den Luftkrieg auf dem Altar der Abrüstungskonferenz zu opfern.

Nach dieser kühnen Forderung verlangte der greise Oppositionsführer die Internationalisierung aller Verkehrsluftlinien der Welt mit der Begründung, daß damit die Gefahr eines Luftkrieges gebannt werde.

Das Unterhaus hörte diesem Teil der Ausführungen Lansburys mit gespannter Aufmerksamkeit zu und als ihn ein konservativer Abgeordneter mit dem Zuruf unterbrach: „Das haben wir bereits getan", kamen nicht nur von den Bänken der Arbeiterpartei sondern auch von anderen Bänken entrüstet Rufe wie „Maul halten" usw. Die Arbeiterpartei, so fuhr Lansbury hierauf fort, sei der Ansicht, daß Außenminister Simon bei seinen Verhandlungen in Berlin sich nicht mit der deutschen Aufrüstung einverstanden erklären, sondern nur zum Ausdruck bringen solle, daß die englische Pakt- und Friedenspolitik sich nicht auf die Aufrüstung sondern auf die Abrüstung gründe. Lansbury warf hierauf allen Regierungen die Nichtwiedereinberufung der Weltwirtschaftskonferenz als einen schweren Fehler vor. Er hoffe, daß die englische Regierung sich bemühen werde, eine Weltkonferenz zustande zu bringen, die sich mit der Lage des Kontingentssystems, der Zolltarife und der übrigen Handelsbeschränkungen befassen müsse, denn in der Welt sei Raum genug für alle, seien genügend Rohmaterialien für alle und Märkte in Hülle und Fülle. Erforderlich sei lediglich eine zweckmäßige Organisierung. „Es ist", so schloß Lansbury, „glaube ich, der Bankerott des staatsmännischen Denkens, der überall im Wege steht. Wir klammern uns an den alten Gedanken, daß in irgend einer Weise das Unglück des anderen uns zum Vorteil gereichen könnte. Die Arbeiterpartei glaubt nicht daran."

Für die liberale Opposition sprach

Sir Herbert Samuel.

Er vertrat den Standpunkt, daß nichts geschehen dürfe, was Simon bei seinen höchst schwierigen Verhandlungen in Verlegenheit bringen könne. Er teilte die Auffassung Lansburys über den Eindruck, den die deutsche Erklärung auf das britische Volk gemacht habe. Das Gefühl der Beunruhigung und des Aergers in England und in anderen Ländern hierüber sei allgemein. Es sei nur natürlich, wenn der Wunsch geäußert werde, zu protestieren und anzuklagen.

Es sei aber notwendig zu überlegen, ob hiermit ein nützliches Ergebnis erzielt werden könnte.

Die juristische Auffassung der Franzosen sei an sich hieb- und stichfest, aber die Ereignisse der letzten 16 Jahre, wie beispielsweise

die Nichtabrüstung der alliierten Mächte, hätten die Aktion unterhöhlt.

Andererseits sollte Deutschland über die Haltung Großbritanniens nicht in Zweifel gelassen werden: Gleichheit des Status für Deutschland — Ja; militärische Vorherrschaft Deutschlands — Nein. (Beifall). Simon, so schloß Samuel, gehe als der Abgesandte der englischen Nation nach Berlin; er könne sich rückhaltlos auf die geschlossene nationale Meinung des Landes stützen. (Beifall).

Unter größter Aufmerksamkeit des Hauses begann

Außenminister Simon

seine mit Spannung erwartete Rede. Simon dankte zunächst den beiden Rednern der Opposition für ihre eindrucksvollen Aeußerungen. Die Regierung schulde sowohl Lansbury als auch Samuel den Dank dafür, daß sie sich gewisser Aeußerungen enthalten hätten, die eine zugegebenermaßen sehr schwierige Aufgabe noch verwickelter gestaltet hätten. Die Gelegenheit lege auch ihm die größte Zurückhaltung auf.

Wir hoffen, so erklärte der Außenminister, in wenigen Tagen eine freimütige Aussprache mit dem Kanzler des Deutschen Reiches zu haben, denn der Berliner Besuch verlangt völlige Freimütigkeit (Beifall).

Einer Erörterung dieser Art kann keine öffentliche Generalprobe vorausgehen. Es ist allgemein bekannt, daß diese Besuche, die Eden und ich selbst in Berlin, Moskau und Warschau abzustatten im Begriffe sind, eine

Lavals Telegramm nach Genf.

Er beantragt Einberufung einer außerordentlichen Tagung des Völkerbundsrates.

Nicht vor Ende nächster Woche.

DNB **Genf**, 21. März.

Das Völkerbundssekretariat veröffentlicht das Telegramm der französischen Regierung an den Generalsekretär des Völkerbundes.

Es hat folgenden Wortlaut:

Durch ein Gesetz, dessen Inhalt am 16. März den Botschaftern Frankreichs, Englands, Italiens und Polens in Berlin mitgeteilt und das am gleichen Tage veröffentlicht worden ist, hat sich die Reichsregierung entschlossen, im Reich die allgemeine Wehrpflicht wiedereinzuführen und die deutsche Armee auf der Grundlage einer Heeresstärke von 12 Armeekorps und 36 Divisionen neu zu organisieren. Die deutschen Behörden haben außerdem einige Tage vorher die Schaffung einer deutschen Militärluftfahrt öffentlich bekanntgemacht. In dem einen wie in dem andern Fall hat die deutsche Regierung durch einen einseitigen Akt die vertraglichen Verpflichtungen bewußt verleugnet, die in den Verträgen enthalten sind, die Deutschland unterzeichnet hat.

Deutschland hat aber, als es in den Völkerbund eintrat, dessen Mitglied es bis zum Erlöschen der Frist von zwei Jahren von seiner Erklärung vom 21. Oktober 1933 ab noch bleibt, durch die Präambel des Völkerbundspaktes die Verpflichtung auf sich genommen, peinlich alle Verpflichtungen aus Verträgen zu achten, die zwischen den organisierten Völkern abgeschlossen sind. Unter diesen Umständen und im Hinblick darauf, daß nach den Bestimmungen des Absatzes 2 des Artikels 11 jedes Mitglied des Völkerbundes das Recht hat, die Aufmerksamkeit des Rates auf jede Tatsache zu richten, die geeignet erscheint, die internationalen Beziehungen zu berühren und die in der Folge den Frieden oder die guten Beziehungen unter den Nationen, von denen der Friede abhängt, bedroht, hat die Regierung der französischen Republik die Ehre, den Völkerbundsrat mit der Lage zu befassen, die durch die Haltung der deutschen Regierung entstanden ist. In Berücksichtigung des Ernstes der Frage, die durch den deutschen Schritt entstanden ist, habe ich die Ehre, Sie zu bitten, eine außerordentliche Tagung des Völkerbundsrates einzuberufen zur Prüfung des hiermit vorliegenden Antrages.

gez. Pierre Laval.

Das Telegramm Lavals ist, wie man hört, schon an den gegenwärtigen Präsidenten des Völkerbundsrates, den türkischen Außenminister Aras, weitergeleitet worden. Dieser wird die Ratsmitglieder benachrichtigen und sich wegen der Festsetzung des Zeitpunktes mit ihnen in Verbindung setzen, wobei die Wünsche der maßgebenden und an der Frage besonders interessierten Regierungen ausschlaggebend sein dürften. Im Völkerbundssekretariat verlautet, daß der früheste Zeitpunkt für die Ratstagung Ende kommender Woche sein werde.

Ueberraschender Besuch des Führers in Stuttgart.



Scherl

Ganz überraschend traf der Führer am Mittwoch in Stuttgart ein. Er erlebte hier eine gewaltige Treuekundgebung der Bevölkerung, in der sich der allgemeine Dank für die große Tat des Führers aussprach, durch die er dem deutschen Volk seine Wehrhaftigkeit wiedergeschenkt hatte. Viele Tausende umsäumten jubelnd die Straßen und der Führer grüßte herzlich aus seinem Wagen.

Informationsreise darstellen. Ich gebe dem Vorredner recht, wenn er den Charakter der Besuche dahin umschreibt, daß wir die Ansicht der anderen kennen lernen sollten und nicht so sehr von uns aus eine ins einzelne gehende Entscheidung herbeiführen sollten, die dann anderen zur Annahme unterbreitet wird. Natürlich wird die Zeit kommen, wo das Ergebnis dieser Besuche später geprüft wird. Ich werde das Haus dann nicht bitten, sich wie heute Zurückhaltung aufzuerlegen.

Der Außenminister gab hierauf zunächst eine weitere Uebersicht über die seit der Veröffentlichung des englisch-französischen Kommuniqués vom 3. Februar geführten zwischenstaatlichen Verhandlungen und beschäftigte sich dann mit der Einladung Deutschlands zu einem Besuch des englischen Außenministers in Berlin.

„Wir hatten," so erklärte er, „von Deutschland die Antwort erhalten, daß die deutsche Regierung den fairen und freundschaftlichen Ton des Kommuniqués anerkenne und uns um unseren Besuch bitte. Das war für uns ein entscheidender Grund, die Einladung anzunehmen.

Es kommt eine weitere Ueberlegung hinzu. Bevor ein so bedeutsamer Besuch unternommen wird, muß Klarheit über den Umfang und den Zweck des Besuches geschaffen werden. Daher wandten wir uns nach dem Gedankenaustausch mit verschiedenen Hauptstädten erneut an die Deutschen, um die notwendige Klarheit zu schaffen und festzustellen, ob die Berliner Zusammenkunft nicht etwa auf irgend eine im Londoner Kommuniqué enthaltene Sonderfrage beschränkt werden sollte, sondern auf der für den Gedankenaustausch vorhergesehenen vierfachen Grundlage vor sich gehen würde. Das heißt, daß über die Frage der Sicherheit, der Rüstungen, der Rückkehr Deutschlands in den Völkerbund und über die Frage des geplanten Luftpaktes gesprochen wurde. Erst als wir von deutscher Seite die Versicherung erhalten hatten, daß die Besprechungen in diesem Rahmen geführt werden, setzten wir uns mit den anderen Regierungen in Verbindung. Damit waren nicht nur die vier Verhandlungsgegenstände gekennzeichnet, sondern es war auch die Grundlage der vorgeschlagenen Zusammenkunft, daß diese Punkte mit dem Ziel erörtert werden sollten, schließlich auf dem Wege des Uebereinkommens eine Lösung zu finden.

Ich übertreibe keineswegs, wenn ich sage, daß die deutsche Mitteilung vom vergangenen Sonnabend für ganz England wie ein schwerer Schock gekommen ist. Sie hat unvermeidlich die Proteste der britischen Regierung, der französischen Regierung und der italienischen Regierung herausgefordert.

Ich wünsche dem Hause in wohl abgewogenen Worten zu sagen, worin nach meiner Meinung die eigentliche Schwierigkeit besteht, die nach Auffassung vieler Leute durch jene Mitteilung entstanden ist. Dieser Tatsache geht eine lange Geschichte voraus. (Beifall.)

Was ich sage, ist nicht dazu bestimmt, irgend eine Frage zu präjudizieren oder irgend eine Beschwerde von irgend einer Seite als grundlos abzutun; aber im Interesse der Zusammenkunft möchte ich feststellen, daß das Ziel der bevorstehenden Besprechung darin besteht, eine Regelung auf dem Wege der Vereinbarung zu fördern. Das ist, wie ich sagen muß, das genaue Gegenteil einer Regelung auf dem Wege einer einseitigen Mitteilung.

Es entstand die ernste Frage, was den einzuschlagenden richtigen Weg darstelle. Es würde nicht nützlich sein, wenn ich versuchen wollte, einen so klaren Eindruck zu unterdrücken. Einseitige Aufkündigung — welcher Art auch immer die Erklärung hierfür sein mag — erhebt unvermeidlich die Frage nach dem Wert von Abmachungen (Beifall). Und dies war eine sehr schlechte Vorbereitung für künftige Abmachungen. Wie ich überzeugt bin, werden mir alle zustimmen, daß wir unter diesen Umständen protestieren mußten. Nichtsdestoweniger wird das Unterhaus zugeben, daß die Schritte, die wir in Verbindung mit diesem höchst ernsten Ereignis getan haben, die weiseren Schritte gewesen sind.

Wir fordern eine Versicherung, daß der Umfang der Besprechungen in keiner Weise beschränkt werden soll, und nachdem wir diese Vorbehalte und diesen Protest gemacht haben, bin ich davon überzeugt, daß es notwendig und richtig ist, diesen Besuch durchzuführen.

Aber ich muß noch eine Bemerkung über die deutsche Mitteilung machen. Nicht nur der Zeitpunkt der Mitteilung, sondern die Natur und der Inhalt der Mitteilung werfen ein so störendes Licht auf die Aussichten einer Regelung durch Vereinbarungen. Ich will heute nicht auf Zahlen eingehen, aber eins muß festgehalten werden: Die in der Mitteilung angedeuteten Ziffern für die deutsche Heeresstärke sind so groß und gehen so beträchtlich über die vor weniger als einem Jahr vorgeschlagenen Zahlen hinaus, ja überschreiten in der Tat alles, was zurzeit irgend eine Macht in Westeuropa aufzubieten hat, daß sie ernste Zweifel darüber aufwerfen, ob ein Abkommen mit einigen der Nachbarn Deutschlands möglich sein würde, falls auf solche Ziffern bestanden werde. Ich hoffe, daß ich ebenso gemäßigt wie offen über ein sehr ernstes Ereignis gesprochen habe.

Simon beteuerte hierauf erneut den Friedenswillen Englands. 'Das Ziel der britischen Politik hat, so sagte er, darin bestanden,

dazu beizutragen, daß Deutschland, dieser große Staat, in die Gemeinschaft der Nationen unter Bedingungen zurückgeführt wird, die gerecht für Deutschland sind und fair und sicher für alle, so daß Deutschland mit seinen großen Talenten und Hilfsquellen im vollen Gefühl seiner Gleichberechtigung und seiner Würde zu der Aufgabe beisteuern kann, an der jeder gute Europäer, der den Frieden wünscht, Anteil zu nehmen hat.

Es gibt nur dies oder das andere: ein erheblich weniger befriedigendes System, ein System ausgewählter und besonderer politischer Kombinationen zu gegenseitiger Unterstützung gegen eine Gefahr in unserer Mitte. Nachdem ich diese Ansichten entwickelt habe, ist es kaum notwendig, zu sagen, daß wir keinerlei Sonderabkommen zwischen England und irgend einem anderen Lande planen. Die Besuche in Berlin, Moskau oder Warschau bedeuten nicht, daß wir Paris, oder Rom, oder Brüssel, oder, wie ich hinzufügen möchte, Genf den Rücken gekehrt haben. Die europäische Regelung kann nur dann gründlich sein, wenn sie allumfassend ist."

Die Rede des Außenministers wurde mit allgemeinem Beifall auf allen Bänken des Hauses aufgenommen.

Unfruchtbare Protestschritte.

Deutsche Regierung lehnt die Begründung der französischen und italienischen Note ab.

Francois-Poncet bei Neurath.

DNB **Berlin**, 21. März.

Der französische Botschafter Francois-Poncet hat heute vormittag den Reichsminister des Aeußeren, Freiherrn von Neurath, aufgesucht, um ihm eine Note zu überreichen, in der gegen das Gesetz für den Aufbau der Wehrmacht vom 16. März 1935 protestiert wird. Der Reichsminister hat die Note entgegengenommen und den Botschafter darauf hingewiesen, daß die von der französischen Regierung gegebene Begründung für ihren Protest der tatsächlichen Lage nicht Rechnung trüge und deutscherseits deshalb abgelehnt werden müßte.

Der Wortlaut der Note.

Die französische Note an die Reichsregierung hat folgenden Wortlaut:

Der Herr Reichskanzler empfing am 16. März den französischen Botschafter und gab ihm Kenntnis von dem Wortlaut eines an demselben Tage verkündeten Gesetzes, durch das die deutsche Regierung in Deutschland die allgemeine Wehrpflicht eingeführt und den Personalbestand des deutschen Heeres auf 36 Divisionen erhöht hat. Eine Woche vorher hatten die deutschen Behörden die Begründung einer deutschen Militärluftmacht amtlich bekanntgegeben.

Diese Entscheidungen stehen in direktem Widerspruch zu den vertraglichen Verpflichtungen, die in den von Deutschland unterzeichneten Verträgen niedergelegt sind.

Sie stehen ferner im Widerspruch zu der Erklärung vom 11. Dezember 1932, durch die die Reichsregierung aus freien Stücken anerkannt hat, daß eine allgemeine Rüstungsregelung, die für Deutschland Gleichberechtigung mit allen Nationen bringen würde, nicht ohne die Schaffung eines Regimes der Sicherheit für alle durchgeführt werden soll.

Nachdem mehrere Vorschläge zur Verwirklichung dieses Grundsatzes gemacht worden waren, hatte die französische Regierung im Einvernehmen mit der britischen Regierung geglaubt, der Reichsregierung ihr Vertrauen beweisen zu können, indem sie freie, mit der Achtung vor dem Recht der Verträge durchaus vereinbare Verhandlungen als Verfahren vorschlug, um auf vertraglichem Wege ein neues Rüstungsstatut für Deutschland innerhalb einer allgemeinen Regelung des Problems der Sicherheit und der Rüstungen zu schaffen. Die Reichsregierung schien dieses Vertrauen zu rechtfertigen, indem sie grundsätzlich ein solches Verfahren annahm. Die Veröffentlichung des deutschen Gesetzes vom 16. März, die in brüsker Weise kurz vor dem festgesetzten Datum eines ersten Meinungsaustausches zwischen der Reichsregierung und einer der beiden an dem Londoner Kommuniqué vom 3. Februar beteiligten Regierungen erfolgte, stellt eine neue Bekundung der Absichten und Methoden dar, die die Reichsregierung den ihr gemachten Verständigungsangeboten entgegenzusetzen gewillt ist.

Die Regierung der Republik sieht sich infolgedessen zu einer zweifachen Feststellung genötigt:

Einmal mißachtet die Reichsregierung allgemein und bewußt den dem Völkerrecht wesentlichen Grundsatz, daß keine Macht sich von der Verpflichtung aus einem Vertrage befreien oder dessen Bestimmungen abändern kann, es sei denn mit Zustimmung der vertragsschließenden Parteien und auf Grund einer gütlichen Verständigung. Ferner hat die Reichsregierung, namentlich nachdem sie selbst den Wunsch geäußert hatte, zwischen den beteiligten Staaten die Vorfragen für Verhandlungen zu klären, zu denen sie eingeladen war, bewußt diejenigen Maßnahmen ergriffen, die am geeignetsten waren, diese Verhandlungen zur Aussichtslosigkeit zu verurteilen, indem sie ihnen im voraus einseitig durch eine vollendete Tatsache einen ihrer wesentlichsten Gegenstände entzog.

Die Regierung der Republik hält sich für verpflichtet, schärfsten Protest gegen diese Maßnahmen zu erheben, hinsichtlich deren sie unverzüglich alle Vorbehalte macht. In dem Bewußtsein der Bemühungen um eine Verständigung, denen sie sich unablässig in aller Loyalität und mit der ständigen Rücksichtnahme auf die deutsche Ehre gewidmet hat, um das Reich vollständig in die Organisation der europäischen Sicherheit einzugliedern, überläßt sie der deutschen Regierung die Last der Verantwortung für den in der Welt so geschaffenen Zustand der Unruhe und der hieraus resultierenden Folgen, nämlich der aus diesem Sachverhalt möglicherweise für die Regierungen der verschiedenen beteiligten Länder entspringenden Pflichten. Entschlossen, ihrerseits alle Mittel der internationalen Zusammenarbeit zu versuchen, die geeignet erscheinen, diese Unruhe zu beseitigen und den Frieden Europas zu erhalten, legt sie Wert darauf, zugleich mit der Achtung vor der bindenden Kraft der Verträge ihre Entschlossenheit zu bekräftigen, sich unter keinen Umständen in irgendwelchen Verhandlungen damit abzufinden, daß einseitig in Verletzung internationaler Verpflichtungen ergriffene Maßnahmen als zu recht bestehend anerkannt werden.

Auch italienische Note überreicht.

DNB **Berlin**, 21. März.

Der italienische Botschafter Cerruti suchte gegen Mittag den Reichsminister des Aeußeren, Freiherrn von Neurath, auf, um ihm eine Note zu überreichen, in der die italienische Regierung gegen die einseitige Abänderung des Versailler Vertrages durch das Reichsgesetz für den Aufbau der Wehrmacht vom 16. März 1935 Einspruch erhebt.

Der Reichsminister des Aeußeren hat nach Entgegennahme der Note den Botschafter darauf hingewiesen, daß die dem Schritt gegebene Begründung abgelehnt werden müsse, da der Versailler Vertrag durch die Nichteinhaltung des Abrüstungsversprechens der anderen unterzeichneten Mächte von diesen nicht eingehalten worden sei.

„Die Lage durch Flandin sehr verschlechtert".

Englische Blätter zur französischen Note.

£ **London**, 21. März.

Die englische Abendpresse berichtet in großer Aufmachung und unter fettgedruckten Schlagzeilen von der Ueberreichung der französischen und italienischen Protestnoten in Berlin und von den „ablehnenden deutschen Antworten" auf beide Noten. Die französische Note wird allgemein als scharf oder unverblümt bezeichnet.

Die Zeitungen bringen Ueberschriften wie „Zurückweisung Frankreichs und Italiens durch Deutschland" oder „Deutschland lehnt zwei Proteste ab".

In einem Leitartikel erklärt „Evening Standard", die Lage sei durch die gestrige Rede des französischen Ministerpräsidenten Flandin sehr verschlechtert worden. Wenn Flandin den Charakter eines Clemenceau oder Poincaré hätte, dann würde Europa stürmischen Tagen entgegengehen. Es sei jedoch anzunehmen, daß die kriegerischen Aeußerungen Flandins nicht in die Tat umgesetzt würden.

Der liberale „Star" sagt: „Frankreich und seine Verbündeten müssen einsehen, daß England niemals der Ansicht war, Deutschland müsse als ein Paria unter den Nationen behandelt werden, den man unter allen Umständen niederhalten müsse. Dies sei nicht die Ansicht Englands, denn man könne Deutschland nicht mit Gewalt niederdrücken".

Eden besucht auch Prag.

£ **London**, 21. März.

Von Seiten des britischen Auswärtigen Amtes verlautet, daß Eden, der nach Beendigung seines Besuches in Berlin, Moskau und Warschau, Polen in der Nacht zum 3. April mit der Bahn verlassen wird, die Einladung der Tschechoslowakei, den Vormittag des 4. April in Prag zu verbringen, angenommen hat. Er beabsichtigt, im Laufe des Nachmittags mit dem Flugzeug nach London zurückzufliegen.

Tragödie in einem Zahnatelier.

Ein Militärarzt erschießt eine Operationsschwester.

):(**Wien**, 21. März.

Eine furchtbare Tragödie hat sich in dem Atelier des Zahnarztes Dr. Stift in Graz ereignet.

Der dort als Patient weilende Militäroberarzt Josef Kordon hat die Operationsschwester Amalie Juhart in einem Zustand geistiger Umnachtung erschossen.

Der Oberarzt verschanzte sich dann in dem Wartezimmer, und nur auf das Versagen seines Revolvers ist es zurückzuführen, daß nicht noch größeres Unheil angerichtet wurde.

Dr Kordon war sehr gereizt gestern zur Behandlung gekommen, begrüßte den Zahnarzt, der mit anderen Patienten beschäftigt war, kurz und begab sich in das Vorzimmer, um eine Zigarette zu rauchen.

Kurze Zeit später wurde die 32jährige Assistentin, Frau Juhart, zum Telefon gerufen, das sich im Vorzimmer befindet. Ohne ein Wort zu sprechen, trat Dr. Kordon auf die Assistentin zu und feuerte aus einer großkalibrigen Browningpistole zwei Schüsse gegen die Wehrlose ab. Eine Kugel traf die Frau am linken Oberarm und drang ins Herz ein, die zweite durchschlug die rechte Lungenhälfte. Unmittelbar nach den Schüssen rief der Täter: „Das ist für das lange Warten. Jetzt ist mir leichter."

Auf die Detonation der beiden Schüsse hin stürzten sich Dr. Stift und sein Assistent auf den Militäroberarzt, der sich in einer Ecke des Wartezimmers verschanzt hatte und vergeblich versuchte, die Ladehemmung seiner Pistole zu beheben, um weiterfeuern zu können. Es kam zu einem erbitterten Kampf zwischen den beiden Männern und dem Attentäter. Schließlich gelang es, Dr. Kordon zu überwältigen. Wäre es ihm gelungen, die Ladehemmung zu beheben, so hätte das Attentat zweifellos noch weitere Opfer gefordert, da der Warteraum des Zahnarztes voll besetzt war.

Dank des Führers.

Berlin, 21. März.

Dem Führer sind aus dem ganzen Rejch und von Deutschen aus allen Ländern der Erde anläßlich der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht zahllose Kundgebungen zugegangen, in denen die Treue zu Volk und Vaterland und das Gemeinschaftsgefühl der Deutschen lebendigen Ausdruck finden. Da es dem Führer wegen der gewaltigen Zahl dieser Briefe und Telegramme nicht möglich ist, jedem der Einsender persönlich zu antworten, sagt er auf diesem Wege allen, die ihm ihre Gefolgschaft und ihre Freude bekundet haben, herzlichen Dank.

Der Fortgang des Arbeitsdienstes von der Wehrpflicht nicht berührt.

DNB **Berlin**, 21. März.

Von zuständiger Stelle erfahren wir, daß durch die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht der Fortgang des Arbeitsdienstes nicht berührt wird. Die zum 1. April 1935 abgeschlossenen Verpflichtungen zum Eintritt in den freiwilligen Arbeitsdienst bleiben daher unter allen Umständen gesetzlich bindend.

Ausscheidende Länderminister.

Bayerischer Wirtschaftsminister Esser.

DNB **Berlin**, 21. März.

Auf Vorschlag des Reichsstatthalters in Bayern hat der Führer und Reichskanzler den bayerischen Staatsminister für Wirtschaft, Hermann Esser, aus seinem Amt entlassen. Das Ausscheiden Essers aus dem Amt erfolgt im weiteren Zuge der Durchführung der Reichsreform und der damit im Zusammenhang stehenden Umstellung der bayrischen Verwaltung.

Sächsischer Volksbildungsminister Dr. Hartnacke.

Auf Vorschlag des Reichsstatthalters in Sachsen hat der Führer und Reichskanzler den sächsischen Volksbildungsministers Dr. Wilhelm Hartnacke aus seinem Amt entlassen.

Auflösung der Deutschen Front.

Neugründung der NSDAP. im Saargebiet.

DNB **Saarbrücken**, 21. März.

Aus Anlaß der Neugründung der NSDAP im Saarland hatte der Reichskommissar für die Rückgliederung des Saargebiets, Gauleiter Bürckel, die ehemaligen Mitglieder der NSDAP zu Mittwoch abend in die Wartburg einberufen. Zunächst verlas der stellvertretende Gauleiter der Deutschen Front, Leiser, einen Beschluß des Führerrats, in dem die Auflösung der Deutschen Front verkündet wird. Sodann hielt Gauleiter Bürckel, stürmisch von der Versammlung begrüßt, eine Rede, die in ein mitreißendes Bekenntnis zum Führer und Volkskanzler Adolf Hitler auslang. Zur Neugründung der NSDAP im Saargebiet teilte Gauleiter Bürckel mit, daß die Bedingungen für die Neuaufnahme in die Partei demnächst veröffentlicht werden würden. Die Rede Bürckels wurde häufig von brausendem Beifall unterbrochen.

3½ Milliarden Franken für die französische Militärluftfahrt.

(!) **Paris**, 21. März.

Bei der Sitzung des Luftfahrtausschusses der Kammer am Mittwoch hat Luftfahrtminister General Denain angekündigt, daß er unverzüglich einen Gesetzesvorschlag einbringen werde, der es ihm erlaube, die für das kommende Jahr vorgesehenen Kredite für die Militärluftfahrt in Höhe von 1 Milliarde Franken sofort zum Ausbau der französischen Luftstreitkräfte zu verwenden. Außerdem sollen diese Kredite um eine halbe Milliarde erhöht werden, so daß der Luftfahrtminister zusammen mit den für 1935 bereitgestellten Krediten in Höhe von 2 Milliarden Franken über 3,5 Milliarden Franken verfügen würde.

Hauptmann Köhl beim Papst.

Mit Flugzeug „St. Petrus" in der Vatikanstadt.

▲ **Rom**, 21. März.

Ozeanflieger Hauptmann Köhl ist in seiner Eigenschaft als Inspekteur der „Miva" (Missions-Verkehrs-Arbeitsgemeinschaft) am Mittwoch vom Papst in Privataudienz empfangen worden. Pius XI. hat für die „Miva", die bekanntlich vor wenigen Jahren von dem „fliegenden Pater" Schulte gegründet worden war und sich mit ihren Flugzeugen erfolgreich in den Dienst der Mission und besonders der Krankenpflege stellt, wärmstes Interesse bekundet. Er erteilte nicht nur dem Hauptmann Köhl seinen persönlichen Segen, sondern gab ihm auch seine Segenswünsche für diesen wichtigen und modernen Zweig des katholischen Missionswerkes mit auf den Weg. Köhl war vor einigen Tagen mit dem unlängst von Kardinal Schulte getauften Flugzeug „St. Petrus" in Rom eingetroffen. Vor dem Rückflug nach Köln wird das Flugzeug — das erste in der Vatikanstadt — vor dem Palast des Gouverneurs aufgestellt und zur allgemeinen Besichtigung zugänglich sein. Von Köln aus soll das Flugzeug nach Ostafrika verfrachtet werden. Von dort aus wird später Hauptmann Köhl für die „Miva" die wichtigsten katholischen Missionsgebiete Afrikas besuchen, um sie fliegerisch zu organisieren.

Der Negeraufruhr dauert an.

Zwei Todesopfer.

:: **Newyork**, 21. März.

Obwohl ein starkes Polizeiaufgebot bemüht ist, weitere Ausschreitungen im Newyorker Negerviertel Harlem zu verhindern, dauert der Aufruhr der Neger an. Die Geschäftsleute des Stadtteiles, die weitere Plünderungen befürchten, haben sich an den Gouverneur gewandt und um die Entsendung von Truppen zur endgültigen Wiederherstellung der Ordnung gebeten. Der durch die Zerstörung und Plünderung von Läden und Kaufhäusern verursachte Sachschaden wird auf eine Million Dollar geschätzt. Die schwarzen Ladenbesitzer haben ihre Geschäftsräume durch Aushängen eines Plakates mit dem Wort „Farbig" vor der Plünderung durch ihre Rassegenossen geschützt. Einem Chinesen, der sich durch diese Maßnahme ebenfalls sichern wollte, wurde der Laden sofort von den Negern zerstört.

Von den über 100 Verletzten sind inzwischen ein Weißer und ein Neger gestorben, so daß die Negerschlacht vom Dienstag abend zwei Todesopfer gefordert hat.

„Ein tiefbedauerlicher Beschluß".

England lehnt die Verfassung des Völkerbundes mit der deutschen Aufrüstung ab.

Paris erweitert die Kluft zwischen Berlin und Genf.

DNB **London**, 21. März.

Der Beschluß der französischen Regierung, den Völkerbund mit der Wiedereinführung der Wehrpflicht in Deutschland zu befassen, wird in England mehr oder weniger scharf verurteilt. „Times" überschreibt ihren außenpolitischen Leitaufsatz „Ein guter und ein schlechter Beschluß". Als den guten Beschluß bezeichnet das Blatt den bevorstehenden Pariser Besuch Edens, als den schlechten die französische Berufung an den Völkerbund. „Times" führt im einzelnen u. a. aus, man dürfe sich darauf verlassen, daß Eden alles tun werde, um in diesem kritischen Augenblick die französischen und italienischen Minister in Paris zu beschwichtigen. Dieser Plan sei bei weitem besser, als der einer plötzlich zusammengerufenen Konferenz, an der der Staatssekretär des Aeußern teilnehmen würde. Zu dem französischen Beschluß einer Berufung an den Völkerbund übergehend, sagt „Times", dieser Kurs scheine in vorliegendem Falle wenig Vorteile und einige offenbare Nachteile zu bieten.

Es herrsche Einigkeit darüber, daß es ein allgemeines Ziel der europäischen Politik sei, Deutschland nach Genf zurückzubringen. Nichts aber sei besser geeignet, seine Rückkehr zu verhindern, als eine Anklage vor dem Völkerbundsrat.

Ueberdies könne der Völkerbundsrat nichts weiter tun, als das zu erklären, was jedermann wisse, nämlich, daß Deutschland den Versailler Vertrag verletzt habe.

Die wirklich wesentliche Frage sei aber, ob Deutschland während der letzten 15 Jahre in gerechter und billiger Weise behandelt worden ist und ob der Vertrag selbst in allen Beziehungen fair war.

Diese Frage könne von keinem Schiedsgericht der Welt beantwortet werden. Das einzige Ergebnis einer Anschuldigung gegen Deutschland müsse sein, den Völkerbund in den deutschen Augen noch mehr das Ansehen einer deutschfeindlichen Vereinigung zu geben und eine Annäherung Deutschlands an den Völkerbund zu erschweren. Der französische Beschluß sei daher tief bedauerlich.

Der diplomatische Berichterstatter der „Morningpost" glaubt, die erste und wichtigste Frage, die Simon an Hitler richten werde, werde sich auf Deutschlands Bereitschaft zur Rückkehr nach Genf beziehen. In amtlichen Kreisen werde diese Frage als Prüfstein für die praktische Möglichkeit europäischer Zusammenarbeit betrachtet.

„News Chronicle" erklärt die französische Kritik an der britischen Note für vollkommen ungerechtfertigt und sagt, die französische Berufung an den Völkerbundsrat sei auf innerpolitische Beweggründe zurückzuführen. Der Sache des Friedens werde durch solche juristischen Anträge nicht gedient.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Herald" schreibt, der Beschluß der französischen Regierung sei nur geeignet, die internationale Lage noch verwickelter und schwieriger zu machen als vorher. Gegen die Verweisung einer Streitfrage an den Völkerbund sei grundsätzlich nichts einzuwenden, aber die Wirkung werde jetzt wahrscheinlich sein, daß jede Aussicht auf eine sofortige Rückkehr Deutschlands nach Genf vereitelt wird. Es sei nur zu wahrscheinlich, daß auf einer Sitzung des Völkerbundsrates Reden gehalten und Maßnahmen vorgeschlagen werden würden, die die Kluft zwischen Berlin und Genf erweitern und vertiefen müßten, während doch eine der erklärten und ausgesprochenen Ziele der französisch-britischen Erklärung vom 3. Februar gewesen sei, eben diese Kluft zu schließen.